

Demokratie, nicht Laizismus um jeden Preis.

Zu den inneren Auseinandersetzungen in der Türkei

Savaş Genç

Türkei, Innenpolitik, Demokratie, Islam

Die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der Türkei drehen sich nicht darum, ob der Laizismus fortbestehen oder beseitigt werden soll. Stattdessen findet im Land ein politischer Machtkampf statt. Dabei geht es für die alten kemalistischen Eliten ums politische Überleben. Für die Vertreter der neuen bürgerlichen, religiös-konservativen Mittelschicht hingegen geht es um ihre Zukunft in einer globalisierten Welt.

Nur knapp scheiterte am 30. Juli 2008 der Generalstaatsanwalt vor dem türkischen Verfassungsgericht mit seinem Antrag zum Verbot der regierenden AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung). Damit ist die Türkei gerade noch einmal einer innenpolitischen Katastrophe entkommen. Der Fall zeigt jedoch deutlich, wie zerrissen das Land ist. Der Disput dreht sich letztlich um die Frage: Wie viel Tradition – insbesondere Religion – verträgt die türkische Gesellschaft auf ihrem Weg in die (Post-)Moderne?

Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bringt vor allem in Anatolien ein neues, selbstbewusstes, religiös-konservatives Bürgertum hervor, das sich an der Politik beteiligen will. Die Gründung der AKP ist ein Ausdruck dieses Bestrebens. Die deutsch-türkische Denkfabrik *ESI – European Stability Initiative* – beschreibt diesen Teil der türkischen Mittelschicht als „islamische Calvinisten“.¹ Deren Etikettierung entspringt der Kombination islamischer Werte mit einer calvinistischen Arbeitsmoral. Der hierin zum Ausdruck kommende „Geist des Kapitalismus“ hat, wenn man Max Weber glauben darf, schon im nordwestlichen Europa des 19. Jahrhunderts wesentlich zur kapitalistischen Entwicklung beigetragen. Man kann über diese Interpretation sicherlich diskutieren; aber die Entwicklung einer religiös-frommen kapitalistischen Gesellschaftsschicht in der Türkei sollte auch aus dieser soziologischen Perspektive betrachtet werden.



Dr. Savaş Genç,
geb. 1973,
Assistant Professor,
Universität Fatih Istanbul.
sgenc@fatih.edu.tr

1 <http://www.esiweb.org/> (08. 08. 2008).

Das Erstarren dieser Schicht schürt Ängste vor einer Re-Islamisierung und forciert die gegenwärtigen innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen darüber, wie streng der zur Staatsdoktrin erhobene Laizismus, die radikale Trennung von Kirche und Staat, auszulegen ist. Damit verbunden ist die Frage, welche Rolle das Militär, das sich als Garant der Moderne sieht, in Staat und Politik zukünftig spielt.

Militär und Wahl des neuen Staatspräsidenten

Der Staatspräsident wurde bisher durch das türkische Parlament gewählt. Das Amt wird traditionell als Kontrollinstanz gegenüber dem jeweils amtierenden Ministerpräsidenten betrachtet. Nach der Übernahme der Regierung durch die AKP am 3. November 2002 war es Staatspräsident Sezer, der sich in dieser Wächterrolle sah und darüber zum Präsidenten mit den meisten Vetos gegen Gesetzesentwürfe der Regierung wurde. Sezer legte in seiner Amtszeit 59 Vetos gegen Vorlagen der AKP-Regierung ein. Damit überholte er sogar Kenan Evren, der 1980 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war und gegen 26 Gesetze ein Veto eingelegt hatte. Zudem klagte Sezer gegen 16 Gesetze vor dem Verfassungsgericht und verlangte deren Aufhebung.² Ebenso verhinderte er zahlreiche Ernennungen von Beamten, die die AKP in wichtige Positionen befördern wollte.

Mit Ablauf von Sezers Amtszeit war klar, dass die AKP als stärkste Fraktion zur nächsten Präsidentschaftswahl einen ihr wohlgesonnenen, weniger laizistisch eingestellten Präsidenten wählen würde. Nachdem die AKP angekündigt hatte, ihren Außenminister Abdullah Gül kandidieren zu lassen, griff am 27. April 2007 das Militär mit einem im Internet veröffentlichten Memorandum in die Wahl zum Präsidentenamt ein. Generalstabschef Büyükanit erklärte, dass die laizistische Ordnung der Türkei durch den Kandidaten der AKP gefährdet sei und bekräftigte, dass sich das Militär als Hüter dieser Ordnung sieht. Dieses Memorandum wurde vielerorts als Putschandrohung gewertet. Zum Putsch kam es dann allerdings nicht. Die Präsidentenwahl musste nach einer Intervention des Verfassungsgerichts wegen zu geringer Wahlbeteiligung im Parlament wiederholt werden. Dabei setzte sich letztlich die AKP mit ihrem Kandidaten durch.

2 <http://www.sabah.com.tr/2007/03/30/siy104.html>.

Ein Ende der Debatten um die Rolle des Laizismus in der türkischen Politik und Gesellschaft ist damit allerdings nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Diskussion über die Frage, welche Art von Republik die Türkei sein soll, verstärkt sich gerade. Dabei werden diejenigen Gruppen in der Gesellschaft, die sich den anstehenden Veränderungen widersetzen wollen, zunehmend marginalisiert. Dabei durchlebt die Türkei die Wehen ihrer Erneuerung, ohne ihre Einheit zu verlieren.

In diesem Kontext wandelt sich auch die Wahrnehmung des Militärs in der türkischen Gesellschaft. Zum einen wird der psychologische Abstand zwischen der Zivilbevölkerung und dem Militär geringer. Die politische Atmosphäre erlaubt es immer mehr, das Militär zu kritisieren. Zum anderen können Putschsympathisanten nicht mehr auf die Unterstützung durch laizistische Intellektuelle zählen, was zunehmend die Legitimität der militärischen „Vormundschaft“ über eine erwachsen werdende demokratische Türkei in Frage stellt.³

Auch Ziele wie die „Schließung nach außen“ oder die „Abkopplung vom Westen“ verbunden mit der Errichtung eines autoritären Regimes, wie sie der ultranationalistische Block verfolgt, laufen dem türkischen Verwestlichungsbestreben entgegen.⁴ Als mögliche Alternative zur Westorientierung wurde die abwegige Idee einer Russland-China-Iran-Allianz ins Spiel gebracht⁵. Das geht jedoch an den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes komplett vorbei. Die ultranationalistischen Gruppen wissen, dass es unmöglich ist, in einer Türkei, die sich an den politischen Werten und Institutionen des Westens orientiert, die Demokratie quasi „auf Eis“ zu legen.

Die „Türkisch-Islamische Idee“ – Garant für eine demokratische Türkei

Das laizistische Regime der Türkei steht heute auf so sicheren Beinen wie noch nie. Eine nennenswerte „Schariah-Gefahr“ ist nicht auszumachen. Wie eine Untersuchung der Türkischen

3 Boland, Vincent (2006): New general set to test Turkey's political elite, Ders. (2008): Turkey's slow-motion coup, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2008/jun/30/turkey.islam>.

4 Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Sultan Tepe (2005): Turkey's AKP. A Model Muslim-Democratic Party? in: Journal of Democracy, Bd. 16, Nr. 3, S. 69-82.

5 Öniş, Ziya (2006): Globalization and Party Transformation. Turkey's Justice and Development Party in Perspective, in: Peter Burnell (Hrsg.): Globalizing Democracy. Party Politics in Emerging Democracies, London, Routledge, S. 122-140.

Stiftung für ökonomische und soziale Studien (TESEV) von 2006 zeigt, sehen 77 Prozent des Volkes in der Demokratie das beste politische System. Die Forderung nach einem Schariah-Staat unterstützen hingegen nur 9 Prozent.⁶ Seit der Regierungsübernahme durch die AKP hat sich der Prozentsatz der Unterstützer dieser Forderung von ursprünglich 21 Prozent im Jahr 1999 mehr als halbiert.

Somit ist festzuhalten: Die AKP ist ein Produkt der türkischen Gesellschaft. Auch wenn die Partei verboten worden wäre, hätte sich eine andere Partei mit derselben politischen Ausrichtung gegründet. Ein AKP-Verbot hätte nur ein Zeitverlustr für die Türkei und den Verlust dessen bedeutet, was eine demokratische, laizistische und muslimische Türkei der Welt geben kann.

Zum ersten Mal in der türkischen Geschichte regiert eine Partei das Land, in der auch muslimische Politiker aktiv sind. Und dennoch steht das laizistische Regime weiterhin auf festen Beinen.⁷ Anzunehmen, dass das Militär der Garant für den Laizismus in der Türkei sei, ist deshalb ein Irrtum. Der größte Garant für den Laizismus sind die eigene Geschichte, die türkischen Traditionen und der türkische Islam.⁸ Selbst im tiefen Mittelalter existierte auf anatolischem Boden nie eine rein religiös begründete Staatsordnung. Warum sollte sich eine solche Ordnung in der Türkei ausgerechnet zu einer Zeit etablieren, in der sich die ganze Welt auch hinsichtlich politischer Strukturen einander annähert?

Das Beispiel der Entwicklung des spanischen Militärs von einer antidemokratischen Institution⁹ hin zu einer Stütze der konstitutionellen Monarchie und Demokratie in den 1980er Jahren zeigt, dass sich auch das Militär an sich ändernde Gegebenheiten anpassen kann. Es bedarf allerdings eines respektvollen Rahmens gegenüber dem Militär sowie Pragmatismus und Entschiedenheit. Die Mitte-rechts-Parteien unterstützten diesen Prozess aufrichtig.¹⁰

Wer ist für Reformen und wer für den Wandel?

Was unterscheidet die AKP Erdogans von der tatsächlich islamistischen und 1998 verbotenen Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi*)

6 <http://www.tesev.org.tr/>

7 Judith Hoffmann (2003): Aufstieg und Wandel des politischen Islams in der Türkei, Berlin, Hans Schiler, S. 90.

8 Bulent Aras/Omer Caha (2000): Turkish Islam, in: Meria, Bd. 4, Nr. 4, Dezember.

9 Ömer Caha (2006): Islam and civil society. The Turkish case, <http://www.fatih.edu.tr/~omercaha/>.

10 Savaş Genc (2007): Die AKP wird falsch eingeschätzt, in: International, Bd. IV/2007, S. 28-35.

– RP) und deren Nachfolger, der Tugendpartei (*Fazilet Partisi* – FP), aus der die AKP hervorgegangen ist? Politiker wie Erdogan und Gül sahen sich als politische Avantgarde einer marginalisierten, jedoch immer selbstbewusster werdenden Mittelschicht in den großen Städten und etablierten sich als deren Sprachrohr.¹¹ Trotz der mit ihrer Gründung verbundenen ideologischen Veränderungen innerhalb der AKP befürchteten skeptische Laizisten immer noch, dass der politische Kurswechsel der AKP nur taktischer Natur ist. Sie argwöhnen, dass die AKP, die sich derzeit positiv zu den Menschenrechten äußert, langfristig auf einen konservativ-islamischen Kurs umschwenkt. Diese Befürchtung ist legitim, da die AKP erst seit Kurzem existiert und die Seriosität ihrer Haltung in dieser Frage noch nicht hat beweisen können. Erdogan und seine Kollegen können dieser Skepsis nur durch die weitere Unterstützung des EU-Projektes und der damit verbundenen Werte begegnen.

Der *Ergenekon*-Prozess und Verbot der AKP

Anfang Juli 2008 wurde vor einem Istanbuler Schwurgericht Anklage gegen Mitglieder der Untergrundorganisation *Ergenekon*¹² erhoben, darunter auch ehemalige ranghohe Offiziere. Sie werden beschuldigt, für mehrere bisher nicht aufgeklärte Morde verantwortlich zu sein. Außerdem wird ihnen vorgeworfen, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben, um die Regierung Erdogan zu stürzen. Ohne Zweifel setzt dieses Verfahren gegen ehemalige Militärs ein wichtiges Zeichen für die neue Türkei. Das Verfahren wurde zeitgleich mit einer „Operation“ der ultranationalistischen Bewegung und von *Ergenekon* eröffnet, die beabsichtigte, sich der AKP zu entledigen, dadurch den Annäherungsprozess an die EU zu stoppen und den türkischen Laizismus wieder stärker an das Militär zu binden. Zu diesem Zweck sollte mit politischen Morden Chaos und eine nationalistische Grundstimmung erzeugt und das entsprechende ideologische Potenzial genutzt werden, einen Militärputsch zu legitimieren.

11 Erik Jan Zürcher/Heleen van der Linden (2004): Searching for the Fault Line. A Survey of the Role of Turkish Islam in the Accession of Turkey to the European Union in the Light of the Clash of the Civilisations, in: The Netherlands Scientific Council for Government Policy (Hrsg.): The European Union, Turkey and Islam, Amsterdam, Amsterdam University Press, S. 81-174.

12 Der Name *Ergenekon* bezieht sich auf die mythische Heimat der Türken in Zentralasien.

Ist nun das *Ergenekon*-Verfahren eine Abrechnung der neuen zivilen mit der (alten) militärischen Macht oder gar die Liquidierung der auch „Eurasia“ genannten Gruppe durch eine andere, wie mancherorts behauptet wird? Die Antwort auf diese Frage wird voraussichtlich im Laufe des Prozesses gegeben werden.

Neben all diesen Entwicklungen hatte das Verbotsverfahren gegen die AKP zum Ergebnis, dass das staatszentrierte türkische politische System international als ein Problem erkannt wurde. Dass eine demokratisch gewählte Partei durch bürokratische Institutionen mit der Begründung des Antilaizismus mit einem Verbot bedroht wird, ließ innerhalb der EU die Befürchtung wachsen, dass das türkische System antidemokratisch und autoritär sei. Bis dato verwendete die Staatsbürokratie, um sich die Unterstützung des Westens zu sichern, erfolgreich das Argument, dass die Türkei der einzige laizistische Staat in der islamischen Welt ist. Jedoch schien dies mit dem Beginn der Verhandlungen über einen Beitritt der Türkei zur EU nicht mehr so zu überzeugen. Je mehr die EU die wahre Natur des türkischen Systems erkennt, desto mehr gelangt sie zur Überzeugung, dass die Türkei, sollte sie auf ihrem Status quo beharren, im Aufnahmeprozess nicht weiterkomme. Man kann die Forderung des EU-Kommissionspräsidenten Barroso, innerhalb des türkischen Laizismus-Modells die zivilen und demokratischen Freiheiten zu erweitern, dahingehend deuten, dass nun in den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU ein neues Denken angebrochen ist.

Angesichts dessen ist es nicht erstaunlich, dass sich die kemalistische Elite in die Ecke gedrängt fühlt und zu irrationalen Handlungen neigt. Die dominante politische Mentalität des Westens erzeugt in einer globalisierten Welt einen Demokratisierungsdruck noch in den entlegensten Ecken der Türkei. Dem können sich auch die Gegner der türkischen Demokratie nicht entziehen. Für die Zukunft bedeutet dies, dass, solange die demokratischen Mechanismen funktionieren, es sehr unwahrscheinlich ist, dass eine kemalistische oder neo-jung-türkische Regierung an die Macht kommt.¹³ Dagegen können die besagten Gruppen und ihre Unterstützer in den Medien sowie in den nichtstaatlichen Organisationen nur eines tun, nämlich die demokratischen Gruppen des Landes auf irgendeine Weise als

13 Gareth Jenkins (2007): Continuity and change. Prospects for civilmilitary relations in Turkey, in: *International Affairs*, Bd. 83, Nr. 2, März, S. 339–355.

illegal abzustempeln. Um das bei der AKP zu erreichen und sie verbieten zu lassen, musste die These erhalten, dass die AKP beabsichtige, in der Türkei ein Mullah-Regime à la Iran zu errichten. Dieser Verbotsversuch scheiterte aber kläglich.

Entscheidend für die weitere Entwicklung bleibt, dass sich in der Bevölkerung ein Mentalitätswandel vollzieht und sich in der neuen türkischen Mittelschicht die unterschiedlichsten Identitäten auf dem Fundament eines demokratischen Grundkonsenses integrieren (lassen).

Die USA und das AKP-Verbotsverfahren

Die USA reagierten auf das Verbotsverfahren gegen die AKP im Vergleich zur EU deutlich zurückhaltender. Die eher schwache Reaktion der USA, von der angenommen werden kann, dass sie über die Funktionsweise der türkischen Demokratie bestens Bescheid weiß, wurde nicht nur in der Türkei aufmerksam zur Kenntnis genommen. Zahlreiche US-amerikanische Diplomaten, Akademiker und Journalisten, die die Türkei gut kennen, beanstandeten diese Position. Entsprechend kritisierten in *Newsweek* der frühere Botschafter der USA in Ankara, Morton Abramowitz, und einer der renommiertesten US-amerikanischen Türkei-Experten, Henri Barkey, gemeinsam die Bush-Regierung und forderten eine klare prodemokratische Haltung. Sie hoben hervor, dass eine solche Haltung nicht nur die Bedürfnisse romantisierender Demokratiefollower befriedige, sondern im ureigensten US-Interesse sei.¹⁴

Vor allem der Umstand, dass die US-Außenministerin Condoleezza Rice in ihrer Rede auf der „27. Jahreskonferenz zu den Türkisch-US-amerikanischen Beziehungen“ des *American-Turkish Council*¹⁵ im April 2008 das Thema nicht direkt anschnitt, sondern nur diesbezügliche Fragen beantwortete und zudem der ursprüngliche Redeentwurf in dieser Frage deutlich entschärft wurde, nährten Befürchtungen, dass die USA die Türkei mit den antidemokratischen Kräften allein lassen. Auch die *Washington Post* kritisierte in einem Leitartikel am 2. Mai 2008 Rice und die Haltung der Regierung. Sie erinnerte daran,

14 Morton Abramowitz/Henri J. Barkey (2008): Turkey's Judicial Coup D'etat. This battle could last for months longer, and whether the AKP wins or loses, the consequences are bad. <http://www.newsweek.com/id/130643>.

15 Nähere Informationen zur Organisation ATC und zur Rede der Außenministerin siehe: <http://the-atc.org/>.

dass eine stabile türkische Demokratie auch für die USA lebensnotwendig sei.

So klar also die Haltung Brüssels gegenüber den antidemokratischen Tendenzen in der Türkei ist, so unklar war sie in Washington. Die türkische Erwartung an Washington ist, hier eine klar prodemokratische Position zu beziehen. Es gibt keine Erklärung dafür, dass diejenigen, die in eherner Demokratisierungsabsicht gegen den Irak ins Feld ziehen, in Bezug auf die antidemokratischen Entwicklungen in Ankara schweigen. Das stellt die Glaubwürdigkeit der US-Politik in der Region insgesamt infrage.¹⁶ Falls diese Haltung der USA nicht bewusst bestimmten Interessen entspringt, sondern „nur“ von Gleichgültigkeit herrührt, darf man nicht vergessen, dass die Entwicklungen in der Türkei andere Länder, angefangen vom Irak, beeinflussen könnten. Wenn die Demokratie in der Türkei geopfert wird, ist jede westlich inspirierte Islam-, Mittlerer Osten- oder Kurden-Politik zum Scheitern verurteilt. Ein Verbot der AKP – entgegen ihrer reformistischen Identität – hätte in der Region nur Al-Qaida genutzt und die demokratischen Entwicklungen im Mittleren Osten untergraben.

Demokratische Zukunft sichern

Der ökonomische und kulturelle Entwicklungsstand der Türkei, ihre Innen- und Außenpolitik setzten einer von Putschen und Zwischenregierungen geprägten geschichtlichen Ära ein Ende. Es erfordert keine Stabsausbildung, um zu sehen, dass ein antidemokratisches Regime das Land in zwei bis drei Jahren zerreißen und in die Katastrophe führen würde. Über Jahre bemühten sich die Kemalisten in und außerhalb der Türkei dem Westen einzuschärfen, dass ein laizistisches System türkischer Prägung Modellwirkung für die übrige islamische Welt habe. Der Westen kann nun jedoch sehen, dass ein militantes Laizismusverständnis einen Irrweg darstellt; nicht nur in der Türkei, sondern in der gesamten islamischen Welt. Der Westen muss erkennen, dass es gerade dieser autoritär-militante Laizismus ist, der die türkische Demokratie gefährdet. Auf Laizismus allein kommt es nicht an. Diese Ansicht teilt auch die türkische

16 Aliza Marcus/Andrew Apostolou (2008): Turkey's Turmoil. Will the U.S. Stand Up for a 'Democratic Model'? 18. Juli 2008, http://www.washingtonpost.com/wpdyn/content/article/2008/07/17/AR2008071701842_pf.html.

Bevölkerung. Ägypten und Syrien sind ebenfalls laizistisch. Was fehlt, ist Demokratie. Und in diesem Punkt kann die Türkei als Modell dienen: Demokratie, nicht Laizismus um jeden Preis.

Die politischen, ökonomischen und sozialen konservativen Schichten der Türkei stellen sich der Globalisierung. Sie fürchten sich weder vor dem Westen noch vor dem Osten. Sie exportieren in die ganze Welt, arbeiten und studieren überall auf der Welt ... Kurz: Sie agieren als globale Akteure. In den gegenwärtigen inneren Auseinandersetzungen geht es nicht darum, ob der Laizismus fortbestehen oder beseitigt werden soll. Wir haben es stattdessen mit einem politischen Machtkampf zu tun, in dem es für die alten kemalistischen Eliten ums politische Überleben geht und die Vertreter der neuen bürgerlich-konservativen Mittelschicht für die demokratische Zukunft der Türkei in einer globalisierten Welt ringen.

Meclise girmek için

ERKEK OLMAK ŞART MI?



Ümit Boyner
by Kadini

HAYDİ KADINLARI SEÇELİM

Kadın Adayları
Destekleme ve
Eğitime Derneği

kader